

Tages-Anzeiger

Tages-Anzeiger

Freitag 23. November 2012

Der Preis der Rechtsstaatlichkeit

AUTOR: Von Oliver Diggelmann*

RUBRIK: ANALYSE; NaN; S. 11

LÄNGE: 697 Wörter

Verschiedene Medien haben es als Schlappe für das UNO-Tribunal bezeichnet, dass der kroatische General Ante Gotovina im Berufungsprozess freigesprochen worden ist (TA vom Montag). Einige gar als Blamage. Es sei nicht gelungen, so der Tenor, nach den serbischen nun auch die kroatischen Hauptverantwortlichen der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Das werfe den Versöhnungsprozess um Jahre zurück. Dem Gericht wurde angelastet, dass Serbien die Kooperation mit Den Haag einstweilen eingestellt hat.

«Ethnische Säuberung»

Fakt ist: Bei der Rückeroberung der Krajina 1995 begingen Kroaten an Serben schwere Verbrechen. Wohnhäuser wurden beschossen, Zivilisten starben, und im Umfeld der Vertreibungen wurden mehrere Dutzend Serben hingerichtet. Weit über hundert Serben verschwanden spurlos, und Folterungen durch Sicherheitskräfte gelten als erwiesen. Nach Einschätzungen von EU- und UNO-Offiziellen hat es sich um eine «effiziente ethnische Säuberung» gehandelt. Im Jugoslawienkrieg war keine Ethnie nur Täter oder Opfer. Das heisst aber nicht, dass alle gleichermassen Täter im Sinne des völkerrechtlichen Strafrechts waren.

Der UNO-Sicherheitsrat schuf das Jugoslawien-Tribunal 1993, weil er sich von einer rechtlichen Bewältigung der Verbrechen am ehesten Versöhnung und Frieden versprach. Überwindung der Kriegstraumata mit den Mitteln des Rechtsstaates, akribische Auseinandersetzung mit den Details sollten die Grundlage für eine Überwindung der gewaltsamen Vergangenheit bilden. Strafrechtliche Verurteilungen bedeuten Anerkennung des Leids der Opfer und ihrer Angehörigen, können der erste Schritt zur Versöhnung sein. Sie sind zugleich eine Massnahme gegen pauschale Geschichtsdeutung und -klitterung, können zur Aufklärung des historischen Geschehens beitragen.

Aus denselben Überlegungen hatte man ein knappes halbes Jahrhundert früher das Nürnberger Tribunal geschaffen, den Vorläufer des Jugoslawien-Tribunals. Churchill hatte noch gegen Ende des Zweiten Weltkrieges die standrechtliche Erschiessung der Haupttäter vorgeschlagen - «ohne Überweisung an eine höhere Macht». Stalin schwebten Schauprozesse vor. Es setzten sich jedoch die Amerikaner durch, die auf die langfristig zivilisierende Wirkung mühevoller strafrechtlicher Auseinandersetzung setzten.

Genaueres Hinschauen rechtsstaatlicher Strafjustiz hat aber seinen Preis. Die Schwelle für eine Verurteilung ist hoch. Dies gilt auch, ja gerade bei Personen in Führungsfunktionen. Sie agieren oft weit weg von der konkreten, physischen Tat, was eine lückenlose Beweisführung schwierig macht. Im Zweifel sind die Angeklagten freizusprechen, wenn sich der Tatbeitrag nicht nachweisen lässt. Davon hängt das langfristige Vertrauen in die Strafjustiz ab. Der Freispruch - insbesondere gegen die öffentliche Überzeugung - ist daher nichts weniger als die Nagelprobe für rechtsstaatliche Strafjustiz.

Beim Gotovina-Freispruch war dieser Entscheid denkbar knapp. Zwei Richter wollten an der erstinstanzlichen Verurteilung festhalten, drei waren dagegen. Niemand kann dem Gericht den Vorwurf machen, den Weg des geringsten Widerstands gewählt zu haben. Das Gegenteil trifft zu. Eine Verurteilung Gotovinas wäre für den Versöhnungsprozess offenkundig günstiger gewesen.

Fairness, kein Politurteil

Internationale Strafgerichte können im günstigen Fall zu Versöhnung beitragen. Doch Versöhnung ist nicht ihre primäre Aufgabe. Sie ist eines der Motive für ihre Schaffung, doch nicht Zweck des einzelnen Strafprozesses. Da geht es nicht um Nationen und Versöhnung, sondern darum, ob die Beweise für eine Verurteilung einzelner Menschen ausreichen. Es ist für die weiterhin fragile internationale

Strafjustiz wichtig, dass die Medien die Ernsthaftigkeit der juristischen Arbeit hinreichend würdigen. Auch dann, wenn ein Urteil anders ausfällt, als politisch erwünscht, und sich die Hoffnung auf Sühne aus Gründen rechtsstaatlicher Vorsicht nicht erfüllt. Es ist diese Vorsicht, die das Wesen fairer Strafjustiz letztlich ausmacht - auch wenn der Preis dafür manchmal hoch ist.

UPDATE: 24. November 2012

SPRACHE: GERMAN; DEUTSCH

GRAFIK:

* Oliver Diggelmann ist Professor für Völker- und Staatsrecht an der Universität Zürich.

PUBLICATION-TYPE: Zeitung